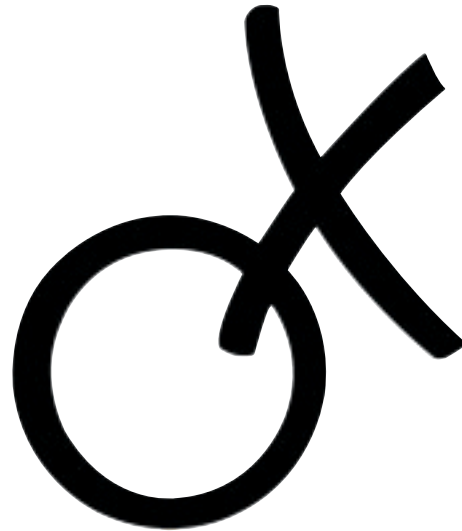


Die „Aktion Wahlstreik!“ als Handlungsangebot des OMNIBUS

von Werner Küppers



In was für einem Staat leben wir eigentlich?

Jeder Deutsche hat die Freiheit, Gesetzen zu gehorchen, denen er niemals zugestimmt hat; er darf die Erhabenheit des Grundgesetzes bewundern, dessen Geltung er nie legitimiert hat; er ist frei, Politikern zu huldigen, die kein Bürger je gewählt hat, und sie üppig zu versorgen – mit seinen Steuergeldern, über deren Verwendung er niemals befragt wurde. Insgesamt sind Staat und Politik in einem Zustand, von dem nur noch Berufsoptimisten oder Heuchler behaupten können, er sei aus dem Willen der Bürger hervorgegangen.

(Dieser Text steht auf dem Umschlag des Buches „Das System“ von Hans Herbert von Arnim, erschienen 2001 bei der Droemersch Verlagsgesellschaft Th. Knauer Nachf., München)

Es ist kaum auszuhalten, diesen Text als nüchterne Konstatierung der herrschenden Verhältnisse und Beschreibung dessen, was wir „Demokratie“ nennen, wahrzunehmen. Dabei entstehen ganz logisch solche Verhältnisse, wenn das einzige demokratische Recht, das wir als Bürger haben, das Recht ist, Parteien zu wählen. Der Parteienstaat, den wir haben, steht in krassem Widerspruch zum Grundgesetz, in dem es heißt, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt wird. Die viel beschworenen „Väter des Grundgesetzes“ müssen zumindest geahnt haben, daß das Wahlrecht allein noch keine Demokratie ergibt, aber sie haben es versäumt oder absichtsvoll unterlassen, das Stimmrecht gesetzlich zu regeln (das wäre vielleicht nicht passiert, wenn das Grundgesetz mehr Mütter gehabt hätte). Dadurch haben sich die Parteien freibeuterisch auf allen Ebenen des Gemeinwesens bemächtigen können und das Gemeinwohl, dem sie dienen sollten, aus dem Auge verloren. Und wir haben uns daran gewöhnt, kein Stimmrecht zu haben und nur zwischen Übeln wählen zu können. Das Wählen ist zu einem verlogenen und oberflächlichen Akt geworden, an dessen demokratischen Charakter niemand mehr glaubt, an den wir uns aber in blinder Verzweiflung klammern, weil wir die Idee der Demokratie noch gar nicht denken können. Weil wir nicht wissen (wollen), was Souveränität bedeutet.

SOUVERÄNITÄT ist das Ziel der Fahrt des OMNIBUS und der Inhalt aller Gespräche, die wir Tag für Tag mit unseren MitbürgerInnen führen. Wir erleben jeden Tag die ohnmächtige Wut auf die Parteien und die lähmende Ratlosigkeit, die sich wie Mehltau über unser Land gelegt hat. Kürzlich ergab eine Umfrage, daß nur noch 4 % der Bevölkerung Vertrauen zu den Parteien haben. Bei allen Wahlen sinkt die Beteiligung und wir erfahren niemals die genaue Zahl derjenigen, die aus Pflichtgefühl zu den Wahlen gehen und bewußt ihre Stimmzettel ungültig machen, weil sie es nicht verantworten können, das eigenmächtige Agieren der Parteien mit ihrer Stimme zu legitimieren. Zusammen mit den Nichtwählern bilden sie schon längst die Mehrheit – jedenfalls würden sie, wenn sie eine Partei wären, die Regierung bilden! Das ist krank, denn alle diese Stimmen bleiben bei der politischen Willensbildung stumm. Auch die Stimmen, die die Parteien ergattert haben, sind wirkungslos verloren, denn der Wählerauftrag interessiert die Parteien nicht – sie haben nur die Macht im Sinn. Die Parteien wissen aus Umfragen,

die sie selbst in Auftrag gegeben haben, daß mehr als 80 % ihrer Wähler eine Regelung der bundesweiten Volksabstimmung fordern – einen deutlicheren Wählerauftrag gibt es gar nicht. Aber sie murksen und lügen, was das Zeug hält – nur ihre Aufgabe erfüllen sie nicht. Sie können das auch längst nicht mehr, weil wir sie mehr als 50 Jahre in ihrem Wahn, die Herrscher zu sein, bestätigt haben. So konnten sich Strukturen verfestigen, die nur wir alle aufbrechen können – in liebevollem Mitgefühl mit den verwirrten und überforderten „Volksvertretern“.

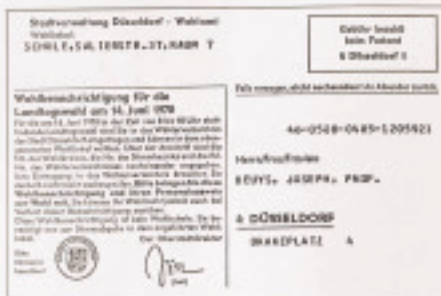
Grundlegende Dinge müssen klargestellt werden: Wir sind alle verantwortlich! Dabei können wir uns überhaupt nicht vertreten lassen. Die Vorstellung, unsere Stimmen abgeben zu können, müssen wir als eine unerträgliche Zumutung begreifen. Wir müssen etwas unternehmen! Wir müssen lernen, unsere Stimmen konstruktiv zu gebrauchen und dabei ganz von vorne zu beginnen. Wir wissen doch alle schon, daß wir mit dem Parteienstaat völlig auf dem falschen Dampfer sind. Unsere Kinder sind fassungslos angesichts unserer Würdelosigkeit und die Natur findet uns zum Kotzen.

Das ist die Ausgangslage, in der wir mit dem OMNIBUS fahren. Vor der letzten Bundestagswahl haben wir den Wahlkampf auf der Straße miterlebt und die Menschen haben uns in den Gesprächen von ihrer Not mit dem Wählen erzählt oder eben davon, daß sie längst den Glauben daran verloren haben und nun nicht wußten, was sie mit ihren Stimmen anfangen sollten. Wir haben gespürt, daß wir für diese Menschen konkrete Handlungsangebote schaffen mußten, um sie nicht in ihrer Frustration implodieren zu lassen, und haben die Aktion „Volksabstimmung wählen“ begonnen, bei der jeder, der nicht wählen konnte oder wollte, dem OMNIBUS zum Zeichen dafür seine Wahlbenachrichtigung schicken konnte, mit dem Ziel, diese Stimmen dann öffentlichkeitswirksam für eine gesetzliche Regelung des Stimmrechts zu erheben und der Diffamierung der Nichtwähler durch die Parteien eine klare Aussage gegenüberzustellen. Gleichzeitig haben wir den Wählern die Möglichkeit geboten, ihre Stimmabgabe davon abhängig zu machen, daß sich ihre Abgeordneten vor der Wahl schriftlich mit ihrer Unterschrift verpflichteten, sich für eine gesetzliche Regelung der bundesweiten Volksabstimmung einzusetzen (entsprechende Verpflichtungserklärungen hatten wir vorbereitet). Mit dieser Aktion haben wir bewußt angeknüpft an den Künstler Joseph Beuys, der etwas ähnliches bereits 1970 bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen getan hat.

Wahlverweigerung

und Organisation der Verweigerer zu einer
nicht mehr an parteipolitischen Praxis interessierten Mehrheit zum **Zwecke freier Information**
laßt euch nicht zum Stimmvieh machen
Macht Schluß mit der Scheindemokratie

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus Grundgesetz Art. 20/2



Gebt diese Wahlbenachrichtigung am Wahltag
14. 6. 1970 an unserer Arbeits- und Informationsstelle
Düsseldorf, Andreasstraße 25 (Altstadt, gegenüber
Kunsthalle) ab, um durch diesen Akt alle Menschen
über die Möglichkeit **echter politischer Mit-
bestimmung jedes Einzelnen** zu informieren
(Selbstbestimmung des Volkes)

**Gebraucht endlich eure Macht, die ihr habt durch das Recht auf
Selbstbestimmung des Volkes**

fordert Volksabstimmung

nach vorheriger
freier unzensurierter Information

- über Grundrechte
- Freiheitsrechte
- Bildung
- Rüstung
- Eigentumsverhältnisse
- Produktionsmittel
- Grund und Boden
- Wohnung
- Alters- und Krankenversicherung
- Aufhebung des Beamtenstandes
- Gleichberechtigung von Männern und Frauen
- Entgiftung von Erde, Wasser, Luft

fordert gleichberechtigte unzensurierte Information für die echte Opposition. Befreit die Massenmedien von
ihrer Machtstruktur. Das ist die **Erfüllung des Grundgesetzes auf freie Information.**
laßt euch als Mehrheit nicht länger von einer Minderheit von Interessengruppen verregieren
von Parteien, die von den in Wirklichkeit Herrschenden in Industrie und Wirtschaft finanziert werden

Wählt nie wieder Parteien als in dieser Weise Abhängige

**Wählt nie wieder Parteien. Denn Parteien sind die Interessenhüter
der wirtschaftlich Mächtigen Ausbeuter der Produktivkräfte der
Mehrheit**

der Staat seid ihr selbst **Alle! Jeder!**

**Macht Gebrauch von eurer Macht, die ihr habt durch das Recht
auf Selbstbestimmung**

**Regiert euch selbst
Gewaltlosigkeit**

Joseph Beuys Jonas Hafner Johannes Stüttgen

Sehen Sie sich dieses 35 Jahre alte Plakat an! Geht einem nicht das Herz auf, angesichts dieser klaren Worte?

Wir haben diese Aktion erst wenige Monate vor den Wahlen begonnen und hatten als kleine Bürgerinitiative leider weder die Mittel noch die Öffentlichkeit, um sie flächendeckend bekanntzumachen. Trotzdem haben viele Menschen sich von diesem Angebot regelrecht aus ihrer Hilflosigkeit erlöst gefühlt und es sind über 800 Wahlbenachrichtigungskarten in unserem Büro in Kempten eingegangen. Auch nachdem die Wahlen schon vorüber waren, hörte die positive Resonanz nicht auf; und ich bin überzeugt davon, daß wir damit bei einer entsprechend breiten Medienpräsenz eine regelrechte Massenbewegung auslösen könnten. Uns wurde klar, daß wir diese Aktion viel offener und langfristiger ausrichten und sozusagen homöopathisch in der Öffentlichkeit bekanntmachen mußten. Wir können dabei nicht viel mehr als die Impulsgeber sein und in unserer täglichen Arbeit dieses Angebot unter die Menschen bringen. Wir haben lange nach einem zündenden Begriff gesucht, unter den wir diese Aktion stellen könnten und haben im OMNIBUS sehr oft darüber gesprochen und mit bestimmten Begriffen Marktforschung betrieben. Dabei ist dann das Wort WAHLSTREIK aufgetaucht. Das war wie ein Weckruf und hat bei den verschiedensten Menschen unmittelbar heftige Aufregung ausgelöst. Wir haben diesen Begriff als Arbeitsgrundlage genommen und in einem langen und nicht immer einfachen internen Diskurs die „Aktion Wahlstreik“ mit einem dazugehörigen Logo entwickelt und im November 2004 gestartet.

Dabei kann JEDER sofort aktiv werden: Es gibt eine Aktionskarte, die an den Bundestag geschickt werden kann mit der unmißverständlichen Aufforderung an die Abgeordneten, bis zur nächsten Wahl die bundesweite Volksabstimmung gesetzlich zu regeln. Wenn dies nicht erfolgt, bietet der OMNIBUS sich als Sammelstelle für die Wahlbenachrichtigungen derjenigen Menschen an, die dann ihren Auftrag an die Volksvertreter aufkündigen und gemeinsam und öffentlich ihre Stimmen für die Volksabstimmung erheben wollen. ...

Die erste und die zweite Auflage von je 20.000 Karten sind bereits vergriffen und es gehen laufend neue Bestellungen in unserem Berliner Büro ein. Wir sind sehr daran interessiert, daß auch andere Organisationen dieses Angebot aufgreifen und an der Verbreitung und Bekanntmachung mitwirken.

Später wird es darum gehen, die Stimmen möglichst öffentlichkeitswirksam zu bündeln und einzusetzen.

Um es noch einmal mit aller Deutlichkeit zu sagen: Wir müssen gemeinsam unsere Kraft konzentrieren. Unsere gewählten Vertreter werden das Abstimmungsrecht nicht freiwillig einführen. Nur auf unseren Druck und Willen hin wird es als Gesetz den Bundestag passieren. Wir benötigen das Abstimmungsrecht, um unsere Verantwortung in vollem Umfang übernehmen zu können. Den nötigen Druck werden wir nur aufbauen, wenn wir uns selbst deutlich machen, daß das gesamte Gemeinwesen immer mehr dem Eigennutz Weniger dienen wird. Der zunehmende Eigennutz eines Jeden führt zu den asozialen Verhältnissen, die wir so häufig beklagen. Immer enger wird die Rolle des Egoisten, der nur noch sein eigenes Scherflein retten will. Aber welche Werte sind denn rettenswert? Lohnt es sich nach Inseln Ausschau zu halten, auf denen wir unsere Gewohnheiten aufrechterhalten können? Wie fühlt man sich an solchen Orten? Erhalten wir damit unsere Handlungsfähigkeit, oder müssen wir uns eine neue, innere und äußere Handlungsfähigkeit erstreiten, gegen die eigenen inneren Widerstände, Gewohnheiten und Illusionen. Wie erringen wir diese höhere Aufmerksamkeit? Diese eigene und gemeinsame Kraftanstrengung wird bitter nötig sein, um das erkämpfte Recht und die somit veränderte Welt in unser Bewußtsein zu heben. Wir müssen deutliche Zeichen setzen, für uns selbst. Normal ist vieles. Karies ist auch normal, aber nicht gesund.

Ich denke, Gesundheit entsteht durch die bewußte Übernahme von Verantwortung.

